

Aktionsbündnis Neuruppin bleibt bunt

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

**Die Demonstrationen gegen Neonazis und
der Polizeieinsatz am 24. September 2011 in Neuruppin
aus der Sicht von Bürgerinnen und Bürgern**

Herausgeber

Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt«

Martin Osinski, Zu den Gärten 18, 16816 Neuruppin

Telefon: 03391 650248

E-Mail: osinskivision@t-online.de

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam

Telefon: 0331 866-3570

E-Mail: kontakt@aktionsbuendnis-brandenburg.de

Neuruppin und Potsdam, 19.10.2011.

Abbildungsverzeichnis

Seite 6 oben und unten: unter Verwendung von [http://www.openstreetmap.org/?](http://www.openstreetmap.org/?lat=52.9243290424347&lon=12.8079476952553)

[lat=52.9243290424347&lon=12.8079476952553](http://www.openstreetmap.org/?lat=52.9243290424347&lon=12.8079476952553), Lizenz: CC BY-SA, und

http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Icon_people.svg, public domain

Seite 9 unten, Seite 10 oben und unten: © Andreas Herzau /laif

Seite 9 oben und unten, Seite 11 oben, Seite 12 oben: © Schudde

Seite 8 unten: © inforiot.de

Seite 6 oben und unten, Seite 7 oben, Seite 12 unten: © Löffler /netzwerk-neuruppin.de

Vorbemerkungen

Dieser Bericht fußt im Wesentlichen auf den Schilderungen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich am 24. September 2011 in Neuruppin an Demonstrationen gegen Neonazis beteiligten. Neben 19 Gedächtnisprotokollen und Zuschriften sind dies die Aussagen von 41 Menschen, die sich im Rahmen eines Stadtforums unter dem Titel »Komm, wir müssen reden« am 29. September 2011 in Neuruppin zu Wort meldeten. Auf dieser Veranstaltung des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« tauschten sich knapp einhundert Bürgerinnen und Bürger über ihre Erlebnisse aus. Die Beiträge wurden aufgezeichnet und verschriftlicht. Zur Vervollständigung, Prüfung und Einordnung der Schilderungen wurden Foto- und Videoaufzeichnungen eingesehen sowie Pressemitteilungen des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« und des Ministeriums des Inneren des Landes Brandenburg, Presseartikel sowie parlamentarische Dokumente herangezogen.

Im ersten Teil des Berichts werden die Vorgänge am 24. September 2011 in chronologischer Weise dargestellt. Danach werden die Hintergründe der Demonstrationen zusammengefasst. Im Anschluss geht der Bericht detailliert auf Situationen während der Sitzblockade, der Bildung eines Polizeikessels, der Räumung der Straße und der anschließenden Identitätsfeststellung ein. Abschließend folgt die Benennung von Problemen und Fragen, die durch den Polizeieinsatz aufgeworfen wurden und nach Auffassung der Herausgeber geklärt werden müssen.

Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ebenso können die Herausgeber nicht ausschließen, dass sich Irrtümer und Fehler eingeschlichen haben.

Chronologie der Ereignisse

- 10:00 *H.-Rau-Str./ A.-Becker-Str.* Die Teilnehmenden der Demonstration des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« sammeln sich.
- 10:00 *Kirchplatz* Eine Kundgebung des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« beginnt.
- 10:30 *H.-Rau-Str./ A.-Becker-Str.* Die Demonstration des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« setzt sich mit etwa 200 Personen auf der H.-Rau-Str. in Bewegung.
- 11:21 *K.-Marx-Str./ F.-Ebert-Str.* Die Mehrzahl der inzwischen etwa 300 Demonstrierenden biegt von der K.-Marx-Str. in die F.-Ebert-Str. ein und läuft in Richtung F.-Engels-Str. Wenige Personen setzen auf der vorgesehenen Route über die K.-Marx-Str. die Demonstration fort.
- 11.25 *F.-Engels-Str.* Die Polizei versucht, Demonstrierende aufzuhalten und die Bildung einer Sitzblockade zu verhindern. Personen setzen sich auf die F.-Engels-Str., weitere stehen neben der Sitzblockade. Die Polizei sperrt mit Polizeispalier und Fahrzeugen die Straße ab.
- 11.30* *K.-Marx-Str./ R.-Koch-Str.* Die Demonstration stoppt mit etwa 30 Teilnehmenden.
- 11.37 *F.-Engels-Str.* Die Landtagsabgeordneten Dieter Groß und Axel Vogel melden bei Bernd Kalthoff, Mitarbeiter des Innenministeriums, eine Versammlung an.
- 11.55* *F.-Engels-Str.* Kalthoff teilt den Anmeldern mit, dass die Versammlung für zwanzig Minuten bestätigt sei und in zwei Minuten beendet werden müsse. Die Anmelder wenden ein, dass ein freier Zu- und Abgang nicht möglich sei, und schreiten mit Kalthoff den Polizeikessel ab. Dieser bestätigt das Problem.
- 12.15 *F.-Engels-Str.* Groß erklärt die Versammlung für beendet.
- 12.19 *F.-Engels-Str.* Die Polizei fordert die Demonstrierenden über Lautsprecher zum Verlassen des Versammlungsortes in Richtung Poststr. auf.
- 12.30* *F.-Engels-Str.* Eine zweite Aufforderung der Polizei an die Demonstrierenden zum Verlassen erfolgt.
- 12.30* *K.-Marx-Str./ R.-Koch-Str.* Die Demonstration wird nicht mehr von Polizei begleitet.

12.40* *F.-Engels-Str.* Kalthoff versichert, dass die Demonstrierenden frei durch die Poststr. zur Kundgebung auf dem Kirchplatz gelangen können, und dass während der noch andauernden Verhandlungen über den Weggang der Demonstrierenden keine dritte Aufforderung durch die Polizei erfolgen werde.

12.43 *Poststr.* Die Poststr. ist durch Polizeispalier sowie Polizeifahrzeuge abgesperrt.

12.45* *F.-Engels-Str.* Die Polizei fordert die Demonstrierenden über Lautsprecher ein drittes Mal auf, sich in Richtung Poststr. zu bewegen, und beginnt unmittelbar damit, Personen von der Straße zu räumen und in die Poststr. zu bringen.

Nach 12.30 *Rheinsberger Tor* Nachdem die Polizei alle Beamten von der Karl-Marx-Str. zwischen R.-Koch- und Steinstr. abgezogen hat, besteht keine Trennung zwischen der Demonstration und den Neonazis mehr. Einige Personen protestieren in der Nähe der Auftaktkundgebung der Neonazis.

13.00* *K.-Marx-Str./ R.-Koch-Str.* Nachdem die Neonazis, etwa 50 Meter entfernt, an den Demonstrierenden vorbei gezogen sind, begeben sich letztere zur Kundgebung auf dem Kirchplatz.

16.00* *Poststr.* Ein Toilettenfahrzeug der Polizei fährt vor. Etwa 60 bis 70 Personen warten noch im Polizeikessel auf die Identitätsfeststellung.

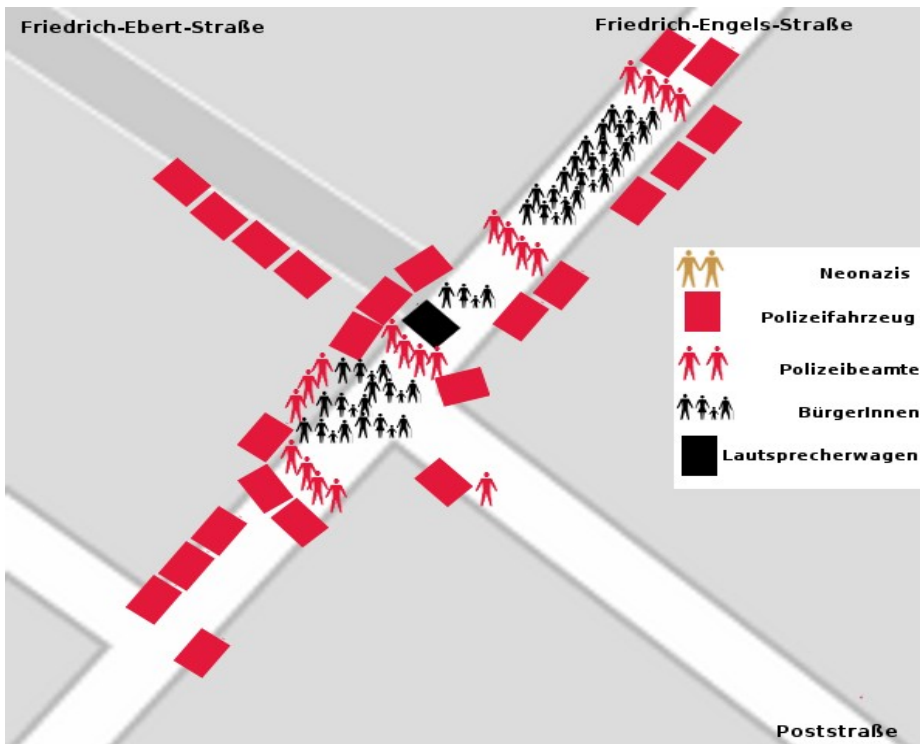
16.30* *Poststr.* Etwa 30 Personen warten im Polizeikessel auf die Identitätsfeststellung.

17.00 *Kirchplatz* Der Versammlungsleiter Wolfgang Freese beendet die Versammlung.

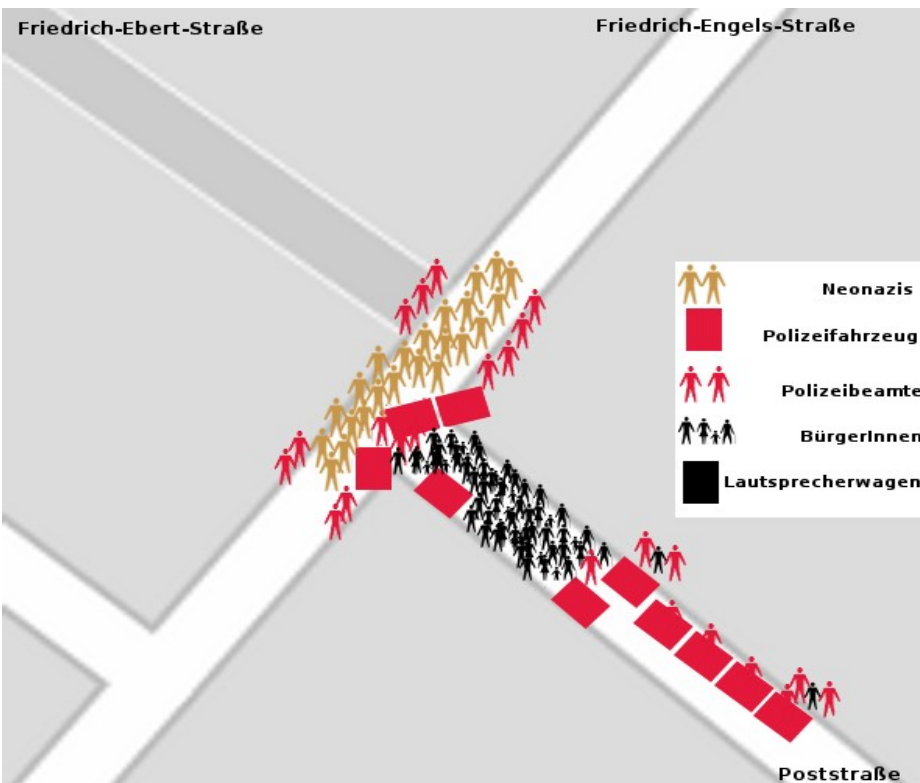
17.20* *Poststr.* Alle Personen haben nach Identitätsfeststellung den Polizeikessel verlassen.

* Markierte Uhrzeiten beruhen auf nachträglichen Schätzungen.

Kartenansichten und Fotos



Die Situation vor (oben) und nach (unten) der Räumung der Friedrich-Engels-Straße





11.23 F.-Engels-Str./ F.-Ebert-Str. Polizeibeamte halten Demonstrierende auf



11.32 F.-Engels-Str. Polizeibeamte an der Sitzblockade



11.35 F.-Engels-Str. Das Orchester Lebenslaute spielt



12.21 F.-Engels-Str. Demonstrierende sitzen auf der Straße



12.21 *F.-Engels-Str./ F.-Ebert-Str.* Hinter dem Kessel wird ein weiteres Polizeispalier aufgezogen.



12.53 *F.-Engels-Str.* Beamtinnen und Beamte räumen die Straße



13.00 F.-Engels-Str. Beamte halten einem Demonstranten Nase und Gesicht zu



13.17 F.-Engels-Str. Polizeibeamte führen Schmerzgriffe an einer Demonstrantin durch



11.40 F.-Engels-Str./F.-Ebert-Str. Die Poststraße während der Spontanversammlung



12.43 F.-Engels-Str./ F.-Ebert-Str. Die Poststraße kurz vor der Räumung der Versammlung



13.05 F.-Engels-Str./ F.-Ebert-Str. Polizeikessel in der Poststraße



13.52 F.-Engels-Str./ Poststr. Menschen in der Poststraße

Hintergrund

Neonazistische Aktivitäten vor dem 24. September

Schon am 9. Juli 2011 versuchten Neonazis der Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland, durch die Neuruppiner Innenstadt zu marschieren. Angesichts einer friedlichen Sitzblockade von etwa 400 Menschen, die von der Polizei in Abwägung der Verhältnismäßigkeit nicht geräumt wurde, mussten die Neonazis jedoch vorzeitig zum Bahnhof zurückkehren.¹ Das Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« hatte mit weiteren Organisationen zu den Protesten aufgerufen.

Nach dem gescheiterten Aufmarsch kündigten die Neonazis an, monatliche durch Neuruppin marschieren zu wollen. Nach eigenen Angaben verteilten sie am 28. Juli 5.000 Flugblätter im Stadtgebiet, in denen »das rechtsbrecherische Verhalten der Polizei und Gegendemonstranten« angeprangert wurde.² Den Einsatzleiter zeigten die Neonazis wegen des Verstoßes gegen § 21 des Versammlungsgesetzes an, weil die Polizei ihre Neutralitätspflicht verletzt habe.³ Anfang August 2011 meldeten die Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland einen Aufmarsch mit 300 Teilnehmenden für den 24. September an.⁴ Im Internet erklärten die Neonazis: »Die Demo ist erst dann vorbei, wenn die Strecke vollständig gelaufen ist!«⁵

Am 27. August 2011 gründete die NPD einen Stadtverband in Neuruppin.⁶ Wenige Tage später verteilte dieser Propagandamaterialien in der Stadt.⁷ Anfang September zerstörten Unbekannte eine Ausstellung über Flüchtlinge, die das Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« zusammen mit Vereinen organisiert hatte; ein politisches Motiv ist wahrscheinlich, aber nicht bewiesen. Im gesamten Stadtgebiet tauchten an dem selben Wochenende neonazistische Aufkleber auf.⁸

¹ »Neuruppin stoppt die Nazis, die zum alljährlichen Marsch durch die Stadt anreisen«, Märkische Allgemeine vom 11.7.11, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12126024/61469/Neuruppin-stoppt-die-Nazis-die-zum-alljaehrlichen-Marsch.html> [13.10.11]

² »5000 Flugblätter in Neuruppin!«, Homepage der Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland vom 28.7.11

³ »Neonazis zeigen Polizisten an«, Ruppiner Anzeiger vom 13.9.11

⁴ »Erneute Großdemo in Neuruppin«, Pressemitteilung der Polizei Brandenburg vom 24.9.11, <http://www.internetwache.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=10762143> [12.10.11]

⁵ »Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr!«, Homepage der Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland vom 18.8.11

⁶ »NPD-Stadtverband in Neuruppin gegründet, Homepage der Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland vom 30.8.11

⁷ »Rechte und Linke beim Kehraus«, Märkische Allgemeine vom 6.9.11, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12166873/61299/Rechte-und-Linke-beim-Kehraus-Politik-an-der.html> [12.10.11]

⁸ »Unbekannte haben in der Schau »Flüchtlingsleben erleben« randaliert/ Die Polizei ermittelt«, Märkische Allgemeine vom 9.9.11, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12166872/61299/Unbekannte-haben-in-der-Schau->

Vorbereitung der Demonstration am 24. September

Das Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« rief am 6. September gemeinsam mit dem Netzwerk Neuruppin, einem Zusammenschluss von Jugendverbänden und -initiativen, zu Protesten gegen den erneuten Neonaziaufmarsch auf und meldete eine Demonstration an. Das Ziel war es, dieses Mal bis zu 1.000 Demonstrantinnen und Demonstranten auf die Straße zu bringen. Der Aufruf wurde von 360 Personen und 60 Organisationen unterstützt. Ralf Reinhard (parteilos), Landrat von Ostprignitz-Ruppin, und Neuruppins Bürgermeister Jens-Peter Golde (Pro Ruppin) sowie der Bürgermeister der Nachbarkommune Rheinsberg, Jan-Pieter Rau (CDU) erklärten ihre Unterstützung. Die Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung rief geschlossen zu der Demonstration auf.⁹

Die Polizei lud die Veranstalter zu einem Kooperationsgespräch ein. Für die Polizei nahmen daran u.a. Bernd Halle, Leiter der Direktion Nord, Bernd Kalthoff, ein Jurist des Ministeriums des Innern, Herr Kahler, der Schutzbereichsleiter, sowie, für die Versammlungsbehörde, Herr Wott, teil. Aufseiten des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« waren u.a. die Versammlungsleiter Wolfgang Freese und Martin Osinski sowie, für das Kommunikationsteam, Steffen Jakuttek beteiligt.

Die Polizei erläuterte in diesem Gespräch, dass eine räumliche Trennung der widerstreitenden Versammlungen durchgesetzt werden müsse und dazu eine Änderung der angemeldeten Demonstrationsstrecke notwendig sei. Die Anmelder akzeptierten dies. Ferner thematisierten die Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, dass sie den Versuch einer Sitzblockade erwarteten, und erkundigten sich, mit Verweis auf gute Erfahrungen am 9. Juli 2011, ob die Veranstalter am 24. September 2011 erneut ein Kommunikationsteam aufstellen würden. Dies wurde bejaht. Ein Kommunikationsteam und eine Juristin würden vor Ort sein, um bei Konfliktsituationen zwischen Polizei und Demonstrierenden auch abseits der vorgesehenen Route zu vermitteln. Die Vertreterinnen und Vertreter der Polizei begrüßten dies und erklärten ihrerseits, drei Anti-Konflikt-Teams bereitzustellen. Gleichzeitig unterstrichen sie das Neutralitätsgebot, dem die Polizei unterliege. Vereinbart wurde, dass ein Kontakt zwischen Polizei und Kommunikationsteam vor Beginn der Veranstaltung etabliert werden sollte.

[Fluechtlingsleben-erleben-randalisiert.html](http://www.fluechtlingsleben-erleben-randalisiert.html)

⁹ »Demo gegen Rechts: Stadtverordnete rufen einstimmig auf«, Meldung des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« vom 20.9.2011, <http://www.neuruppin-bleibt-bunt.de/?p=291> [12.10.11]

Situationen am 24. September 2011

Demonstration von »Neuruppin bleibt bunt«

Die für 10.00 Uhr angemeldete Demonstration des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« begann um etwa 10.30 Uhr. Um 11.21 Uhr bog die Mehrzahl der rund 300 Teilnehmenden von der Karl-Marx-Straße kommend rechts in die Friedrich-Ebert-Straße in Richtung Friedrich-Engels-Straße ab. Die verbliebenen Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich weiterhin auf der genehmigten Route bewegten, wurden durch polizeiliche Absperrungen in der Höhe Karl-Marx-Straße/ Robert-Koch-Straße gestoppt. Dort wurde der Straßenverkehr nicht durch die anwesenden Polizeibeamtinnen und -beamten geregelt, so dass Fahrzeuge den Versammlungsraum ungeregelt befuhren.

»Einige der Autofahrer kamen mit überhöhter Geschwindigkeit auf die DemonstrationsteilnehmerInnen zu, andere rangierten vorwärts und rückwärts mit quietschenden Reifen auf der Kreuzung Robert-Koch-Straße. Es handelte sich nicht nur um eine Störung unserer angemeldeten Versammlung. Ich sah die erhebliche Gefahr von Zusammenstößen und Personenschäden.«¹⁰

Auch durchquerten Gruppen, die augenscheinlich der rechten Szene angehörten, den Versammlungsort. Polizeibeamtinnen und -beamte vor Ort erklärten sich jedoch für nicht zuständig. Um eine Absperrung der Straßen und die Sicherung der Versammlung zu erreichen, versuchten in der Folge zunächst Martin Osinski und dann auch Wolfgang Freese erfolglos, über verschiedene Kommunikationswege mit der Einsatzleitung in Kontakt zu treten.¹¹ Ab etwa 12.30 Uhr genoss die Demonstration überhaupt keinen polizeilichen Schutz mehr. Der Versammlungsleiter Wolfgang Freese erklärte die Versammlung um 17.00 Uhr auf dem Kirchplatz für beendet.¹²

Sitzblockade und Spontanversammlung

Etwa 100 der mehr als 300 in die Friedrich-Ebert-Straße abgebogenen Demonstrantinnen und Demonstranten, wurden, da sie sich zügiger bewegten, von den restlichen Teilnehmenden getrennt.

¹⁰ Bericht von Martin Osinski vom 30.09.2011; liegt den Herausgebern vor.

¹¹ ebda.

¹² ebda.

Als die größere Gruppe von etwa 200 Personen auf ein Polizeispalier stieß, kehrte die erste Gruppe um. Die Polizistinnen und Polizisten erschienen angesichts der unübersichtlichen Situation nervös. Es kam zu Rangeleien mit Demonstrierenden. Die Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer reagierten mit den Rufen »Wir sind friedlich, was seid ihr?«¹³. Die Polizei versuchte vergeblich, die Bildung einer Sitzblockade zu verhindern.

Die Mehrzahl der Demonstrierenden saß nun mit Blick in Richtung Rheinsberger Tor und mit dem Rücken zur Kreuzung Friedrich-Engels-Straße/ Friedrich-Ebert-Straße. Einige hatten sich eingehakt, alle verhielten sich friedlich. Das Orchester Lebenslaute spielte inmitten der Blockade klassische Musik.¹⁴ Die Polizei zog ein Polizeispalier vor und hinter den Demonstrierenden auf und kesselte diese somit ein.¹⁵

»Ich habe dann einen Polizisten gefragt, ob das beabsichtigt sei, hier einen Hamburger Kessel zu machen. Und da sagte er [...]: Nein, wir machen keinen Hamburger Kessel. Ich sagte: Na, was macht ihr denn? Ja, einen Neuruppiner Kessel machen wir.«¹⁶

In dieser Situation bot sich der Landtagsabgeordnete Dieter Groß (Die Linke) der Polizei als Ansprechpartner an. Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Axel Vogel (Bündnis 90/ Die Grünen) meldete er um 11.37 Uhr eine Versammlung an. Zur Einsatzleitung der Polizei bestand kein Kontakt. Als Ansprechpartner stand einzig Bernd Kalthoff vom Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg zur Verfügung.

»Wir hatten darauf bestanden, dass wir auch mit dem Einsatzleiter sprechen, aber er meinte immer: Ich bin derjenige, welcher, ich stehe in Kontakt mit der, mit dem Einsatzleiter und, und Sie können gewiss sein, dass die Entscheidungen, die ich Ihnen herüber- oder übertrage, äh, dass die auch mit dem Einsatzleiter abgesprochen sind. Warum sollten wir dem nicht trauen oder vertrauen?«¹⁷

Offensichtlich war aber Herr Kalthoff den eingesetzten Beamtinnen und Beamten nicht bekannt.

»Die Polizisten, die da standen, vor Ort, kannten den Herrn anscheinend nicht [...].«¹⁸

Herr Kalthoff nahm die Anmeldung der Versammlung entgegen und erklärte, diese mit der Einsatzleitung zu besprechen. 18 Minuten später teilte er mit, dass die Versammlung für eine Dauer

¹³ Dieter Groß, in: Transkription: S. 8, Z. 268

¹⁴ »Empört und unzufrieden«, Pressemitteilung des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« vom 26.9.2011, <http://www.neuruppin-bleibt-bunt.de/?p=53> [10.10.2011]

¹⁵ Dieter Groß, in: Transkription, S. 8, Z. 271-276; ebenso Junger Mann II, S. 14, Z. 437-438

¹⁶ Älterer Mann, in: Transkription, S. 15, Z. 460-464

¹⁷ Dieter Groß, in: Transkription, S. 9, Z. 294-298

¹⁸ Jens-Peter Golde, in: Transkription, S. 13, Z. 393-400

von 20 Minuten genehmigt worden sei, diese Frist aber in zwei Minuten verstreiche.¹⁹

Bereits bei der Anmeldung der Versammlung und auch in ihrem Verlauf gab es keine Möglichkeit für weitere Personen, an der Spontankundgebung teilzunehmen.²⁰ Da der Zu- und Abstrom durch die Polizei verhindert wurde, teilten die Anmelder Herrn Kalthoff mit, dass nicht von einer rechtmäßigen Versammlung gesprochen werden könne. Daraufhin gingen Bernd Kalthoff, die Versammlungsleiter und das Kommunikationsteam um etwa 11.55 Uhr den abgeriegelten Versammlungsort ab.

»Dann gehen wir jetzt doch bitte mal und gucken uns hier diesen Polizeigürtel an, und gucken mal, ob da freier Zugang und freier Abzug gewährleistet ist. Und wir sind da entlang gegangen mit Herrn Kalthoff. Er hat auch gesehen, dass Zu- und Abgang nicht möglich war, und hat gesagt: Oh, da haben wir ein Problem. Da muss ich mal mit der Polizeileitung reden. Und dann war er wieder weg.«²¹

Unterdessen filmte die Polizei die gesamte Zeit über die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer.²²

Nachdem sich Bernd Kalthoff nach eigenen Angaben erneut mit der Einsatzleitung beraten hatte, forderte er nach seiner Rückkehr Herr Groß auf, die Versammlung für beendet zu erklären, was dieser daraufhin um 12.15 Uhr per Lautsprecherdurchsage tat.²³ Außerdem sollte Groß verkünden, dass sich alle Demonstrierenden in die Poststraße zu begeben hätten, wo sie freien Abgang hätten. Auf Nachfrage versicherte Herr Kalthoff um etwa 12.40 Uhr den Anmeldern und dem Kommunikationsteam nochmals, dass der Abgang über die Poststraße bis zur Kundgebung auf dem Kirchplatz frei sei.²⁴

Auflösung der Versammlung

Der Beendigung der Versammlung folgten drei Aufforderungen durch die Polizei, die Straße zu räumen. Dabei informierte die Polizei nach eigenen Angaben die Demonstrierenden über die möglichen strafrechtlichen Folgen, sollten sie der Aufforderung nicht nachkommen. Gegen 12.45 Uhr folgte die dritte Aufforderung an die Blockierenden, die Straße zu räumen.

¹⁹ Axel Vogel, in: Transkription, S. 11, Z. 342-347

²⁰ Dieter Groß, in: Transkription, S. 9 f., Z. 303-305; ebenso Frau, S. 16, Z. 480-481

²¹ Axel Vogel, in: Transkription, S. 11, Z. 349-354

²² Junger Mann IX, in: Transkription, S. 70, Z. 1927-1930

²³ Axel Vogel, in: Transkription, S. 11, Z. 342-347

²⁴ ebda., S. 12, Z. 360-366

Zu diesem Zeitpunkt fanden noch Gespräche des Kommunikationsteams, der vormaligen Anmelder und der Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann (Die Linke) mit Bernd Kalthoff über einen freiwilligen Abgang der Blockierenden zum Kirchplatz oder eine möglichst gewaltfreie Räumung statt. Herr Kalthoff hatte gegenüber dieser Gruppe zugesagt, die dritte Aufforderung werde nicht erfolgen, solange über einen freiwilligen Rückzug der Blockierenden verhandelt wird.

»Meine Bitte, dass während der Verhandlungen kein 3. Aufruf zur Räumung der Blockade erfolgt und dass wir auch genügend Zeit bekommen, das Angebot mit dem Plenum der Blockade in Ruhe zu besprechen, wird ausdrücklich bestätigt.«²⁵

Diese Zusage hielt Bernd Kalthoff nicht ein. Während noch verhandelt wurde, begann bereits die Räumung.

»Also während wir hier an der Laterne noch mit Herrn Kalthoff, Entschuldigung, ja, mit Herrn Kalthoff verhandelten, war die dritte Durchsage. Und in meiner Erinnerung wurde durchgesagt und unmittelbar geräumt, also, was auch schon bestätigt worden ist. Es war keine Zeit mehr, zu gehen, und, wie wir ja gehört haben, auch keine Möglichkeit mehr. Kann auch bestätigen, dass am Anfang, da wurde von hinten geräumt. Äh, dass das meiner ... nach meinem Empfinden und das, was ich gesehen habe, eigentlich auch in Ordnung war, also in der Weise des Räumens. Und dass sie dann, je weiter sie dann nach vorne kamen, deutlich aggressiver wurde. Auch die Griffe wurden härter von Seiten der Polizei.«²⁶

An der Räumung beteiligten sich hauptsächlich Angehörige einer brandenburgischen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE).²⁷ Während sich die Polizeibeamtinnen und -beamten zunächst bemühten, die Anwendung von Gewalt zu begrenzen und die Verletzung von Demonstrantinnen und Demonstranten zu vermeiden, ging die Polizei später zügiger und insbesondere gegen jüngere Demonstrierende auch unverhältnismäßig vor. Trotz der mitunter rabiaten Herangehensweise der Beamtinnen und Beamten, die zum Teil Schmerzgriffe und Griffe zur Fixierung anwandten, blieben die Betroffenen ruhig und reagierten nicht aggressiv.

Der Polizeikessel in der Friedrich-Engels-Straße wurde in einen zweiten Kessel in der Poststraße überführt. Alle Personen, die sich an der Versammlung beteiligt hatten, wurden in die Poststraße geschickt bzw. verbracht – unabhängig davon, ob sie sich an der Sitzblockade beteiligt hatten, und auch unabhängig davon, ob sie versucht hatten, den Polizeikessel freiwillig zu verlassen.

²⁵ Dr. Kirsten Tackmann, Bericht vom 11.10.11; liegt den Herausgebern vor.

²⁶ Christiane Schulz, in: Transkription, S. 38/39, Z. 1085-1094

²⁷ Bilddokumentation

Die Einsatzkräfte bildeten an der Ecke Friedrich-Engels-Straße/ Poststraße eine enge Gasse, durch die die Demonstrierenden in den zweiten Kessel geleitet wurden. Einige Demonstrierende wurden von Beamtinnen und Beamten durch die Gasse geschleift, andere angerempelt. Bis zu 350 Personen wurden in der Poststraße auf einem Areal von etwa 8 mal 17 Metern festgehalten, das zudem durch geparkte PKW und ein Baugerüst zusätzlich eingeengt wurde.²⁸

Einkesselung nicht an der Versammlung Beteiligter

Ebenfalls unterschiedslos wurden Bürgerinnen und Bürger, die sich an der Versammlung nicht beteiligt, sondern sich außerhalb der Polizeiabspernung auf der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/ Friedrich-Engels-Straße aufgehalten hatten, in die Poststraße verbracht.²⁹ Diese Gruppe bestand aus Passantinnen und Passanten sowie ausgesperrten Versammlungsteilnehmenden. Diese waren zuvor durch eine weitere Polizeikette auf der Friedrich-Engels ebenfalls eingekesselt worden.³⁰

»Wir haben hier gestanden, dann hat sich die Polizeikette hier 'rumgezogen. Also die war wirklich bis hier, dann. Also die ging richtig hier 'rum, weil hier saßen ja die jungen Leute, und hier war die Ecke. Also, und ich stand hier hinten mit meiner Tochter. Also, wir waren dann, ... plötzlich waren wir alle drin. Also, wir gehörten plötzlich alle dazu. Und dann war bloß noch die Möglichkeit, über die Poststraße raus zu gehen.«³¹

»Kurze Zeit später mussten wir feststellen, dass sich in Richtung Post eine weitere Polizeikette (aus Essen) aufgebaut hatte. Wir befanden uns nun zwischen zwei Polizeiketten, die eine Gruppe Sitzender vor uns in Richtung Kirchplatz abtrennte und einer Polizeikette auf der Friedrich-Engels-Straße in Richtung Post.«³²

Identitätsfeststellung

Nachdem der Polizeikessel in der Poststraße eingerichtet war, wurden die Festgehaltenen einer Identitätsfeststellung zugeführt. Das nahm viel Zeit in Anspruch. Erst nach einiger Zeit wurde das Verfahren beschleunigt. Während zunächst nur eine Person der Identitätsfeststellung zugeführt wurde, waren es dann zwei Personen gleichzeitig. Dabei wurden nicht nur die Personalien aufgenommen. Die Eingekesselten wurden an unterschiedlichen Fahrzeugen nummeriert, einer

²⁸ Bilddokumentation; Mitteilungen von Zeuginnen und Zeugen; liegen den Herausgebern vor.

²⁹ Frau, in: Transkription, S. 16, Z.482-489; ebenso Ältere Frau VI, S. 50, Z. 1387-1388

³⁰ Bilddokumentation; ebenso u.a. Ältere Frau III, in Transkription, S. 32, Z. 899-904

³¹ Ältere Frau III, in Transkription, S. 32, Z. 899-904

³² Mitteilung eines Zeugen, liegt den Herausgebern vor.

Leibesvisitation unterzogen und einzeln fotografiert.³³ Vielfach fühlten sich Betroffene durch die Lichtbildaufnahme mit einer Nummer zu Kriminellen abgestempelt.

»Nur weil ich an der Demo teilgenommen habe, musste ich mich halb nackt ausziehen, musste sämtliche Taschen entleeren und musste über jedes Bisschen, was ich in der Tasche hatte, Rechenschaft ablegen. Das kann doch nicht wahr sein auf dieser Welt.«³⁴

Anschließend wurden nochmals Name, Nummer und Geschlecht festgehalten. Am Ende stand offenbar ein weiterer Beamter, der eine Strichliste führte.³⁵ Im Anschluss an dieses Verfahren wurden alle Personen bei ihrer Entlassung aus dem Kessel einzeln von einer Polizeikamera gefilmt.³⁶ Einige Betroffene empfanden die Nummerierung als undurchsichtig:

»Also ich habe mir das, weiß ich nicht, eine Stunde angeguckt und, äh, dabei ist eben aufgefallen, dass die immer wieder mal von vorne angefangen haben, oder mal mittendrin wieder eine Zahl genommen haben, oder Zahlen wiederholt haben, und erst zum Schluss, also erst, als wirklich nur noch, ja, quasi der letzte Rest, äh, ja, ja, abgefertigt werden musste, haben sie dann angefangen, fortläufig zu nummerieren. Also es hat den deutlichen Eindruck gemacht, als wollten sie eben für die Akten, äh, die wirkliche Anzahl der Demonstranten eben dezimieren, um eben kein so drastisches Bild eben zu erzeugen, wie es denn eigentlich wirklich war.«³⁷

Trotz Protesten wurde auch ein Mitglied des Kommunikationsteams, der Rheinsberger CDU-Politiker Steffen Jakuttek, einer Identitätsfeststellung unterzogen und angezeigt. Er war, gekennzeichnet mit einer beschrifteten Signalweste, in den Polizeikessel hineingegangen, um für dort festgehaltene Personen ansprechbar zu sein.³⁸

Personen, die keine Ausweisdokumente vorweisen konnten, wurden länger als andere festgehalten, in Gefangenentransportfahrzeugen verwahrt, teilweise in die Gefangenensammelstelle (GESA) in Neuruppin, teilweise auch zur Polizeiwache nach Oranienburg verbracht.

Eine ältere Frau, die keine Ausweisdokumente bei sich trug, wurde von Beamten in ihre Wohnung begleitet, wo diese nach Zeugenaussagen gegen ihren Willen die Wohnung nach ihrem Personalausweis durchsuchten.

³³ Mitteilung einer Zeugin; liegt den Herausgebern vor.

³⁴ Älterer Mann IV, in: Transkription, S. 63, Z. 1748-1752

³⁵ Steffen Jakuttek, in: Transkription, S. 55f., Z. 1523-1550

³⁶ Frau IV, in: Transkription, S. 69, Z. 1904-1905

³⁷ Junger Mann X, in: Transkription, S. 81, Z. 2226-2235

³⁸ »Empört und unzufrieden«, Pressemitteilung des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« vom 26.9.2011, <http://www.neuruppin-bleibt-bunt.de/?p=353> [10.10.2011]

»Nachdem wir draußen waren, ist uns eine ältere Frau vom, die im betreuten Wohnen vom ASB lebt, begegnet, und, äh, die hat sich wirklich bitterlich beklagt, dass man, äh, weil sie keinen Ausweis hatte, sie mitgeschleppt hat zu, nach Hause, dort die Wohnung, äh, betreten hat und quasi ihren Ausweis gesucht hätte.«³⁹

Einige Personen wurden über mehrere Stunden in Gefangenentransportfahrzeuge eingesperrt.⁴⁰ Vereinzelt wurden Personen mit einem Gefangenentransporter zur örtlichen GESA transportiert und nach etwa einer Stunde Warten im Fahrzeug wieder in die Poststraße zurückgebracht.

»Im Bus war es sehr heiß, getrunken hatte ich zum Frühstück um 9 Uhr das letzte Mal, so dass ich merkte, dass mein Kreislauf schlapp machte. Da ich neben meinem Mann saß, teilte ich ihm durch die Wand dieses mit. Er drückte auf den roten Knopf. Man konnte ein Piepton im Fahrerhaus hören. Keine Reaktion, woraufhin ich dann auch den roten Knopf drückte. Wieder keine Reaktion, da das Fahrerhaus nicht besetzt war [...] Da niemand kam, rief mein Mann und hämmerte gegen die Tür. Es kam auch wieder niemand nach mir schauen – allerdings wurde der Ventilator angestellt.«⁴¹

Später wurde dieser Person die Bitte um Trinkwasser verwehrt. Um 18.18 Uhr wurden die Eheleute erneut zur GESA in Neuruppin verbracht und dort einer Identitätsfeststellung unterzogen. Danach mussten sie alle persönlichen Gegenstände abgeben sowie Gürtel und Schuhe ausziehen und wurden in Zellen gesperrt. Um 18.45 Uhr wurden sie entlassen.⁴² Auch andere Zeugen berichteten von Gefangenentransportern, in denen die Klimaanlage ausgeschaltet war. Außerdem wurde den Festgehaltenen die Toilettennutzung über eine Stunde lang verweigert.⁴³

Vereinzelt hielt die Polizei auch Menschen in Gefangenentransportern fest, die sich ausweisen konnten und bei denen eine solche Maßnahme auch zur Abwehr unmittelbar bevorstehender Straftaten nicht erforderlich schien.

»Nachdem die Polizei vereinzelt durch die Massen ging und diese zum Gehen aufforderte, kam ich diesem Anliegen nach und wollte freiwillig den Ort verlassen. Ich musste weder weggetragen werden, noch leistete ich irgendwelchen Widerstand gegen die Polizei. Der freiwillige Abgang gelang mir jedoch nicht, da die Polizei uns eingekesselt hatte und nur vereinzelt durchschleuste. Von zwei Beamten wurde ich dann in Empfang genommen, meine Daten wurden aufgenommen, der Personalausweis wurde mir

³⁹ Älterer Mann III, in: Transkription, S. 61, Z. 1682-1688

⁴⁰ U.a. Junger Mann VII, in: Transkription, S. 62, Z. 1711-1712

⁴¹ Mitteilung einer Zeugin; liegt den Herausgebern vor.

⁴² ebda.

⁴³ Junger Mann VII, in: Transkription, S. 61, Z. 1703-1706

abgenommen und ein Foto von mir gemacht. Ich wurde durchsucht und weitergeleitet. Ich hatte weder ein Transparent noch andere Gegenstände bei mir, die auf Gewalt hätten hinweisen können. Ich verhielt mich den Beamten gegenüber freundlich und zuvorkommend, zeigte keinerlei Aggressivität oder Verweigerung. Dann kam für mich der Moment, der schockierend war: ich wurde in Verwahrsam [sic] genommen. Über 2 Stunden wurde ich mit vier weiteren Personen in einer Zelle eines Gefangenentransporters festgehalten.»⁴⁴

Eine Begründung für dieses Vorgehen erhielten die meisten nicht. Ebenso wurden viele Eingekesselte nicht oder nur unzureichend über ihre Rechte sowie die ihnen vorgeworfenen Straftatbestände informiert.⁴⁵

In einem Fall wurde anwaltlicher Beistand versagt. Eine anwesende Rechtsanwältin wurde von Polizeibeamtinnen und -beamten erst nach Protesten und zwanzigminütiger Wartezeit vorgelassen; zu diesem Zeitpunkt war ihr Mandant in einem Gefangenentransporter abtransportiert worden.⁴⁶

Auftreten und Verhalten der Polizei

Die Polizei war mit mehreren Hundertschaften aus den Bundesländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen sowie Berlin im Einsatz. Viele Beamtinnen und Beamte waren mit Helmen, Schlagstöcken und Arm- und Beinpanzerungen ausgerüstet, manche waren mit Sturmhauben ver mummt.

Während der Bildung und im Zuge der Räumung der Sitzblockade sowie während des Abführens bzw. Wegtragens der Demonstrierenden wendeten Polizeibeamtinnen und -beamte teilweise Gewalt an. Einige Beamtinnen und Beamte haben nach Zeugenaussagen dabei »ordentlich zugelangt«⁴⁷. Eine junge Frau musste infolge einer Fingerknochenverletzung ambulant behandelt werden.⁴⁸ Ein älterer Mann erlitt durch einen Schlag gegen den Brustkorb Hämatome und Schwellungen⁴⁹, ein zweiter älterer Mann erlitt ebenfalls Hämatome an beiden Armen.

»Ein junger Mann, so ein bisschen ein größerer, der war sehr emotional. Der hat der Polizei versucht zu erklären, also sozusagen einzelne Polizisten hat er angesprochen und meinte: ›Was machen Sie denn hier? Wieso laufen ... Wieso lassen Sie die denn laufen? Die sind doch Nazis. Die haben früher Menschen umgebracht.‹ Und so. Und war sehr

⁴⁴ Mitteilung eines Zeugen; liegt den Herausgebern vor.

⁴⁵ Mitteilung einer Zeugin; liegt den Herausgebern vor.

⁴⁶ Mitteilung der Rechtsanwältin Katja Herrlich vom 14.10.11; liegt den Herausgebern vor.

⁴⁷ Älterer Mann II, in: Transkription, S. 18, Z. 528

⁴⁸ Junger Mann V, in: Transkription, S. 43, Z. 1209-1215

⁴⁹ Älterer Mann, in Transkription, S 32., Z. 852-864

emotional, hat aber nichts weiter gemacht. Die Antwort vom Polizisten war, ihm eine zu hauen. Also der hat ihm einfach, batsch, eine mitgegeben. Ne.«⁵⁰

Unklar bleibt die Aufgabe des polizeilichen Anti-Konflikt-Teams. Diese hielten sich im weiteren Umfeld der Sitzblockade auf und waren nur selten am Ort des Geschehens anzutreffen.⁵¹ Sie wurden von den Demonstrierenden nicht als hilfreiche Ansprechpartner erlebt.

»In mehreren Streitgesprächen mit dem Anti-Konflikt-Team der Polizei hat dieses uns Vorwürfe gemacht, weil wir die Demo-Route verlassen haben. Es wurde bestritten, dass eine Spontandemo auf der Nazi-Demo-Route möglich und auch geduldet worden sei. Sie sprachen von ›nicht genehmigter Demonstration‹.«⁵²

Insbesondere in Konfliktsituationen waren die Anti-Konflikt-Teams nicht anwesend.

»Und, äh, irgendwann, als die Räumung so gut wie zu Ende war, kam das Deeskalationsteam der Polizei, die waren vorher gar nicht da [...] Und sie waren auch nicht in der Lage, mit der Polizei oder mit Beamten Kontakt aufzunehmen, sondern sagten immer, das sollten wir doch machen. Sie dürften das nicht, sie dürften mit niemandem sprechen.«⁵³

Hygienische und medizinische Bedingungen

Die hygienischen Bedingungen im Polizeikessel in der Poststraße wurden von vielen Festgehaltenen als demütigend und entwürdigend wahrgenommen. Lange Zeit konnte überhaupt keine Toilette aufgesucht werden. Entsprechende Bitten wurden mitunter rüde abgewiesen.⁵⁴ Ein Betroffener zitierte einen Polizisten wie folgt: »Ist mir doch egal, machen Sie sich doch in die Hosen.«⁵⁵

Bereits um 13.15 Uhr wies das Kommunikationsteam die Polizei auf die Situation hin. Die meisten Beamtinnen und Beamten fühlten sich aber »nicht zuständig«.

»Ich habe die [Beamtinnen und Beamten] angesprochen und gesagt: Ich muss auf Toilette, ich muss jetzt ganz dringend auf Toilette. Da kamen wirklich einfach nur demütigende Antworten. Die haben das nicht zugelassen.«⁵⁶

⁵⁰ Junger Mann IX, in: Transkription, S. 70, Z. 1939-1946

⁵¹ Christiane Schulz, in: Transkription, S. 39, Z. 1095-1104

⁵² Dr. Kirsten Tackmann, Bericht vom 11.10.11; liegt den Herausgebern vor.

⁵³ Christiane Schulz, in: Transkription, S. 39, Z. 1095-1104

⁵⁴ Junger Mann V, in: Transkription, S. 43f., Z. 1218-1223

⁵⁵ Junger Mann II, in: Transkription, S. 15, Z. 446

⁵⁶ Junger Mann IX, in: Transkription, Z. 1960-1962

Die Eingekesselten mussten ihre Notdurft inmitten der Menschenmenge in die Kanalisation verrichten.⁵⁷ Dabei behelfen sie sich notdürftig mit einem Transparent als Sichtschutz.⁵⁸ Ein mit einer Plane verhängtes Baugerüst zu diesem Zweck zu nutzen, wurde von einzelnen Beamtinnen und Beamten untersagt.

»Da war so ein Baugerüst, auf der einen Seite, ne, die [Demonstrantinnen] wollten da hinpullern, in die Ecke. Da sind so Polizisten zu denen hingegangen und haben gemeint: ›Das machst du hier nicht.‹ Die haben den Leuten gedroht, wenn die hier hinpullern, dass sie die mitnehmen oder so was.«⁵⁹

Erst nach drei Stunden stellte die Polizei eine Toilette zur Verfügung. Jeder Gang zur Toilette wurde von zwei Beamten begleitet, die anschließend die Toilettenkabine durchsuchten.

»Das ist so entwürdigend. Hinter mir die Toilette durchsucht, ob ich da, ich weiß nicht, was sie gedacht haben, ob ich da, was ich da mit der Toilette mache.«⁶⁰

Personen, die auf regelmäßig einzunehmende Medikamente angewiesen sind, konnten erst nach entschiedenem Protest erreichen, dass sie schneller als die übrigen Festgehaltenen aus dem Polizeikessel entlassen wurden:

»Neben mir stand ein Diabetiker. Der musste dringend nach Hause. Er konnte sich ausweisen, er wohnte am Ende der Poststraße. Er musste spritzen. Da hat der Polizist zu ihm gesagt: ›Da kann ja jeder kommen.‹ Der Mann wurde blass, fing an zu zittern.«⁶¹

»Mein Hinweis Diabetiker zu sein wurde zuerst mit einem hämischen ›Wie viele Diabetiker es auf einmal gibt...‹ quittiert nach meinem Protest wurde ein Leiter o.ä. herangerufen der mir zuerst erklärte ›Wir können Sie auch Spritzen lassen...‹, dann aber nach erneutem Protest für eine Bevorzugte ›Behandlung‹ sorgte. «⁶² [sic]

Einer Rentnerin, die unbeschriftete Medikamente bei sich trug, wurde wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz in der Gefangenensammelstelle festgehalten: »[...] der Polizist meinte, er kann nicht ausschließen, dass das, äh, dass das ein Betäubungsmittel ist und damit strafbar, deswegen wurde sie mitgenommen.«⁶³

⁵⁷ Junger Mann VI, in: Transkription, S. 42, Z. 1175-1181

⁵⁸ Ältere Frau VIII, in: Transkription, S. 67, Z. 1864-1867

⁵⁹ Junger Mann IX, in: Transkription, S. 71, Z. 1964-1967

⁶⁰ Ältere Frau VI, in: Transkription, S. 50, Z. 1409-1411

⁶¹ Ältere Frau II, in: Transkription, S. 62, Z. 1728-1731

⁶² Mitteilung eines Zeugen, liegt den Herausgebern vor.

⁶³ Junger Mann V, in: Transkription, S. 66, Z. 1830-1835

Vorbeiführen der Neonazis am Polizeikessel

Der Aufmarsch der Neonazis passierte die Poststraße, weil die Route auf der Friedrich-Engels-Straße lag. In der Poststraße befanden sich zu diesem Zeitpunkt Hunderte Menschen, die auf engstem Raum standen. Da der Polizeikessel in die Friedrich-Engels-Straße heraus ragte und die Polizei nach hinten in die Poststraße keinen Raum freigab, waren Neonazis und Gegendemonstrantinnen bzw. -demonstranten nur wenige Meter voneinander entfernt.

Als erkennbar war, dass sich der Neonazi-Aufmarsch der Poststraße näherte, drängten die Mitglieder des Kommunikationsteams bei der Polizei darauf, den Polizeikessel tiefer in die Poststraße zu verlegen, um Abstand zwischen den Demonstrantinnen und Demonstranten und den Neonazis herzustellen.

»Er [Benedikt Schirge, Kommunikationsteam] sagte: ›Sie müssen diese Poststraßen-Situation ändern, weil alle, die jetzt hier drin sind, werden identitätsbehandelt, das wissen diese Menschen jetzt. Aber diese Menschen müssen nicht zusehen, wie gleich‹, wir sahen sie ja schon kommen, ›die Nazis hier vorbei geführt werden.‹ Er [Polizeibeamter Börner] sagte: ›Das ist eine politische Abwägung, und ich bin hier, muss hier politisch neutral sein‹ «⁶⁴

Stattdessen drängte die Polizei die Menschen enger zusammen, während direkt vor ihnen die Neonazis provozierend vorbeizogen.

»Äh, wurde ja schon gesagt, dass der Kessel, also dass das nochmal verengt wurde, das heißt einen Häuserblock nach vorne gezogen. Das war dann die Situation, wo wir auch gesagt haben, jetzt wird's uns irgendwie ein bisschen komisch. Weil die Polizei aggressiver wurde. «⁶⁵

Viele der Einkesselten empfanden diese Situation als demütigend. Dennoch blieb es friedlich.

⁶⁴ Anna Spangenberg, in: Transkription, S. 44f., Z. 1233-1262

⁶⁵ Ältere Frau VIII, in Transkription, S. 68, Z. 1886-1890

Probleme und Fragen

Verletzung der Versammlungsfreiheit

Während der angemeldeten und bestätigten Versammlung in der Friedrich-Engels-Straße wurden Bürgerinnen und Bürger systematisch daran gehindert, den Versammlungsort zu betreten oder zu verlassen, obwohl die Versammlung unter dem Schutz des Grundgesetzes, Artikel 8 stand. Herr Kalthoff hat nach Abschreiten des Polizeikessels bestätigt, dass ein freier Zu- und Abgang von Teilnehmenden nicht gewährleistet war. Dazu kommt, dass Polizeibeamtinnen und -beamte die Versammlungsteilnehmenden filmten, obwohl diese sich friedlich verhielten und die unmittelbare Gefahr der Begehung von Straftaten nicht bestand.

Mehrere Dutzend Personen, die sich außerhalb dieses Polizeikessels an der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße und Friedrich-Engels-Straße aufhielten und das Geschehen der eingeschlossenen Kundgebung beobachteten, wurden ebenfalls eingekesselt, indem – hinter ihnen – eine zweite Polizeikette auf der Friedrich-Engels-Straße aufgezogen wurde. Bei diesen Personen handelte es sich um Demonstrantinnen und Demonstranten, denen die Teilnahme an der Versammlung verwehrt wurde, wie auch um Passantinnen und Passanten. Sämtliche Personen wurden am Weggehen gehindert und ebenso wie die Demonstrantinnen und Demonstranten in die Poststraße gebracht und dort festgehalten.

Durch diese Maßnahmen wurde die Versammlungsfreiheit verletzt.

Rechtmäßigkeit der Versammlungsauflösung

Demonstrantinnen und Demonstranten, die der zweiten Aufforderung der Polizei Folge leisten und den Versammlungsplatz verlassen wollten, wurden daran gehindert. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits alle Ausgänge, auch die Poststraße, abgeriegelt. Da die Polizei den Versammelten keine Gelegenheit gewährte, sich zu entfernen, ist es zweifelhaft, ob sie die Versammlung rechtmäßig aufgelöst hat.

Es ist deshalb grundsätzlich zu klären, ob für die anschließenden polizeilichen Maßnahmen überhaupt eine Rechtsgrundlage bestand. Unter keinen Umständen zulässig waren die ergriffenen Maßnahmen gegen Personen, die sich freiwillig von der Versammlung entfernen wollten.

Strafverfolgungsmaßnahmen

Es ist ungeklärt, auf welcher Rechtsgrundlage die Strafverfolgungsmaßnahmen erfolgten. Darüber hinaus ist erstens zu klären, welche konkreten Anhaltspunkte die Polizei, angesichts des friedlichen Versammlungsverlaufs, bewogen, eine Leibesvisitation bei sämtlichen festgehaltenen Personen durchzuführen. Ebenso geklärt werden muss, zweitens, weshalb zur Identitätsfeststellung bei einer solchen Massenfesthaltung, zusätzlich zu einer Aufnahme von Personalien durch die Kontrolle von Ausweisdokumenten, das Anfertigen von Lichtbildern erforderlich gewesen sein soll. Drittens ist erklärungsbedürftig, weshalb die Polizei erst nach mehreren Stunden Maßnahmen zur Beschleunigung dieses Vorgangs umsetzte.

Verletzung der Menschenwürde

Den in der Poststraße festgehaltenen Personen verwehrte die Polizei bis zu drei Stunden die Nutzung einer Toilette, so dass diese sich gezwungen sahen, ihre Notdurft öffentlich zu verrichten. Viele Bürgerinnen und Bürger sahen dadurch ihre Menschenwürde verletzt. Vor dem Hintergrund dessen, dass davon Personen betroffen waren, die in jedem Fall rechtswidrig festgehalten wurden, ist dies besonders schwerwiegend.

Die Polizei hat durch die pauschale und in einigen, möglicherweise auch allen Fällen, rechtswidrige Festhaltung von Personen und die langsame Durchführung der Identitätsfeststellung diese Situation zu verantworten. Sie muss deshalb dringend erklären, weshalb sie die Dauer der Festhaltung nicht verkürzt und weshalb sie nicht zügiger Toiletten zur Verfügung gestellt hat.

Einschneidende polizeiliche Maßnahmen

Die Polizei hat sowohl Personen, die sich nicht ausweisen konnten, wie auch Personen, die sich ausweisen konnten, bis zu drei Stunden in Gefangenentransportern eingesperrt. Davon waren mehrere Personen betroffen, die sich an der Versammlung nicht beteiligt hatten und die deshalb unter keinen Umständen hätten festgehalten werden dürfen. Personen, die sich ausweisen können und die nicht festgenommen wurden, dürfen nur zur Abwehr von Gefahren eingesperrt werden. Es ist angesichts des friedlichen Verlaufs der Versammlung erklärungsbedürftig, worin eine solche Gefahr bestanden haben soll.

Die Polizei hat einschneidende Maßnahmen ergriffen, für die möglicherweise in allen, mit Sicherheit aber in einigen Fällen keine Rechtsgrundlage vorhanden war.

Kooperationsbereitschaft der Polizei

Die Kommunikation zwischen Polizeiführung auf der einen, Versammlungsleiter und Kommunikationsteam auf der anderen Seite, verlief nicht so, wie es im Kooperationsgespräch vereinbart worden war.

Der Einsatzleiter war für Anmelder, Versammlungsleiter und das Kommunikationsteam im gesamten Tagesverlauf nicht zu sprechen. In mehreren Situationen war es auch nicht möglich, ein Gespräch mit anderen Verantwortlichen der Polizei zu erreichen. Polizeibeamte, die offensichtlich in gewissen Bereichen Verantwortung trugen, erklärten sich für nicht zuständig und waren auf Nachfrage nicht willens oder in der Lage, Zuständige zu benennen. Die Beamtinnen und Beamten des Anti-Konflikt-Teams waren kaum tätig und traten auch nicht vermittelnd auf.

Erklärungsbedürftig ist, mit welchem Auftrag und mit welcher Entscheidungsbefugnis der Mitarbeiter des Innenministeriums Bernd Kalthoff als Ansprechpartner für die Veranstalter auftrat und in welcher Beziehung dieser zur Einsatzleitung stand.

Einschüchternde Wirkung

An der Versammlung in der Friedrich-Engels-Straße wurden Polizeieinheiten eingesetzt, die mit Helmen, Arm- und Beinschutz ausgestattet und mit Sturmhauben verummt waren. Diese Ausrüstung war zum Schutz der Beamtinnen und Beamten nicht erforderlich. Das war vorher absehbar. Angesichts des friedlichen Verlaufs der Versammlung am 9. Juli 2011 ist es nicht nachvollziehbar, welche Gefahrenprognose die Polizeiführung dazu veranlasste, Spezialeinheiten bei einer Veranstaltung friedlicher Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Die Spezialeinheiten wirkten auf Demonstrantinnen und Demonstranten teilweise in erheblichem Maße einschüchternd.

Die Polizei soll erklären, wie bei dem Auftreten gegenüber Demonstrantinnen und Demonstranten der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet wurde.

Umgang mit dem Gebot der räumlichen Trennung

Die angemeldete Demonstration hat die Polizei auf der Karl-Marx-Straße nicht mehr geschützt, so dass Gefahrensituationen entstanden. Auch wurde hier durch den Abzug der Polizei das Gebot der räumlichen Trennung aufgegeben, was zur Folge hatte, dass Neonazis die Versammlung durchquerten. Der Versammlungsleiter machte Polizeiführer darauf aufmerksam, ohne Erfolg.

In der Poststraße lehnte es die Polizei ab, eine räumliche Trennung durch eine Verlegung des Polizeikessels von der Route der Neonazis weg, herbeizuführen. Stattdessen drängte die Polizei die Eingeschlossenen in unmittelbare Nähe zu den vorbeiziehenden Neonazis enger zusammen.

Die Polizei sollte erklären, weshalb die angemeldete Demonstration nicht geschützt und weshalb in der Poststraße eine Situation herbeigeführt wurde, die geeignet war, eine Eskalation zwischen Neonazis, Demonstrantinnen und Demonstranten und der Polizei zu befördern.

Öffentlichkeitsarbeit der Polizei

In ihrer Pressemitteilung vom 24. September 2011 legt die Polizei nahe, sie hätte Getränke zur Versorgung der in der Poststraße festgehaltenen Personen bereit gestellt.⁶⁶ Das ist nicht der Fall. Vielmehr hat es die Polizei ermöglicht, dass von Bürgerinnen und Bürgern gekaufte Wasserflaschen und Obst in den Polizeikessel gelangen konnten. In der selben Mitteilung sprach die Polizei von »weit über 100 Personen«⁶⁷, bei denen die Identität festgestellt worden sei. Es war für alle dort Anwesenden offensichtlich, dass diese Zahl nicht zutraf. Unverständlich ist diese Angabe auch vor dem Hintergrund, dass ein Polizeibeamter mit Hilfe einer Strichliste die Personen zählte, die nach Identitätsfeststellung die Poststraße verließen. Erst am 7. Oktober, also zwei Wochen später, wurde diese Angabe, und auch nur auf Nachfrage gegenüber der Märkischen Allgemeinen Zeitung, auf 331 Identitätsfeststellungen und insgesamt 221 gestellte Strafanzeigen präzisiert bzw. korrigiert.⁶⁸

Vor diesem Hintergrund besteht die Frage, weshalb die Zahl der festgehaltenen Personen so gering angegeben und der Eindruck erweckt wurde, diese seien durch die Polizei mit Lebensmitteln versorgt worden.

⁶⁶ »Erneute Großdemo in Neuruppin«, Pressemitteilung der Polizei Brandenburg vom 24.9.2011, <http://www.internetwache.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=10762143> [08.10.2011]

⁶⁷ Ebda.

⁶⁸ »Polizei bestätigt: 331 Personen wurden wegen der Sitzblockade erfasst«, in Märkische Allgemeine vom 8.10.2011, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12190463/61299/Polizei-bestaetigt-Personen-wurden-wegen-der-Sitzblockade-erfasst.html> [08.10.2011]

Quellenverzeichnis

Primärquellen

Transkription: »Aktionsbündnis Neuruppin bleibt bunt«, »Stadtforum nach der Demo: Komm, wir müssen reden«, Evangelisches Gymnasium Neuruppin, 29.9.2011

Berichte und Mitteilungen von Zeuginnen und Zeugen; liegen den Herausgebern vor.

Fricke, Bernhard, Bericht vom 30.09.11; liegt den Herausgebern vor.

Herrlich, Katja, Mitteilung vom 14.10.11, liegt den Herausgebern vor.

Jakuttek, Steffen, Bericht vom 10.10.11; liegt den Herausgebern vor.

Osinski, Martin, Bericht vom 30.09.11; liegt den Herausgebern vor.

Schulz, Christiane, Bericht vom 7.10.11; liegt den Herausgebern vor.

Dr. Tackmann, Kirsten, Bericht vom 11.10.11; liegt den Herausgebern vor.

Sekundärquellen

»5000 Flugblätter in Neuruppin!«, Homepage der Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland vom 28.7.11

»Blockade erfolgreich: Neuruppiner wehren sich gegen Rechten-Aufmarsch«, Die Mark Online vom 9.7.11, <http://www.die-mark-online.de/artikel-ansicht/dg/0/1/966359/> [13.10.11]

»Demo gegen Rechts: Stadtverordnete rufen einstimmig auf«, Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« vom 20.9.2011, <http://www.neuruppin-bleibt-bunt.de/?p=291> [12.10.11]

»Demonstration in Neuruppin«, Dringliche Anfrage 53 des Abgeordneten Manfred Richter der SPD-Fraktion vom 27.9.11, Landtag Brandenburg, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/4081

»Erneute Großdemo in Neuruppin«, Polizei Brandenburg vom 24.9.2011, <http://www.internetwache.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=10762143> [08.10.2011]

»Empört und unzufrieden«, Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« vom 26.9.2011, <http://www.neuruppin-bleibt-bunt.de/?p=353> [10.10.2011]

»Möglichkeiten und Grenzen polizeilichen Einschreitens bei Sitzblockaden«, Erlass des Ministerium des Innern des Landes Brandenburg vom 1.11.10

»Neonazis zeigen Polizisten an«, Ruppiner Anzeiger vom 13.9.11

»Neuruppin stellen sich 200 Neonazis entgegen«, Märkische Allgemeine vom 11.7.11,
<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12126040/62249/Neuruppin-stellen-sich-Neonazis-entgegen-Rechtsextreme-gestoppt-DEMONSTRATION.html> [13.10.11]

»Neuruppin stoppt die Nazis, die zum alljährlichen Marsch durch die Stadt anreisen«, Märkische Allgemeine vom 11.7.11, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12126024/61469/Neuruppin-stoppt-die-Nazis-die-zum-alljaehrlichen-Marsch.html> [13.10.11]

»NPD-Stadtverband in Neuruppin gegründet«, Homepage der Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland vom 30.8.11

»Polizei bestätigt: 331 Personen wurden wegen der Sitzblockade erfasst«, in Märkische Allgemeine vom 8.10.2011, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12190463/61299/Polizei-bestaetigt-Personen-wurden-wegen-der-Sitzblockade-erfasst.html> [08.10.2011]

»Polizeieinsatz in Neuruppin«, Dringliche Anfrage 49 des Abgeordneten Dieter Groß der Fraktion DIE LINKE vom 26.9.11, Landtag Brandenburg, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/4074

»Recht haben und Recht bekommen - ist zweierlei...«, Homepage der Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland vom 5.9.11

»Rechte und Linke beim Kehraus«, Märkische Allgemeine vom 6.9.11,
<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12166873/61299/Rechte-und-Linke-beim-Kehraus-Politik-an-der.html> [12.10.11]

»Regelwerk zum Umgang mit Sitzblockaden«, Dringliche Anfrage 54 des Abgeordneten Axel Vogel der Fraktion Bündnis'90/ Die Grünen vom 27.9.11, Landtag Brandenburg, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/4082

»Unbekannte haben in der Schau ›Flüchtlingsleben erleben‹ randaliert/ Die Polizei ermittelt«, Märkische Allgemeine vom 9.9.11, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12166872/61299/Unbekannte-haben-in-der-Schau-Fluechtlingsleben-erleben-randaliert.html> [12.10.11]

»Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr!«, Homepage der Freien Kräfte Neuruppin/ Osthavelland vom 18.8.11